

## 211587-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Unterstützung Grunderwerb

OJ S 71/2024 10/04/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

E-Mail: [FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de](mailto:FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de)

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Unterstützung Grunderwerb

Beschreibung: Im Bereich des Streckenabschnittes für den 6-streifigen Ausbaus der A 565 sind ca. 45 Eigentümer / Eigentümergemeinschaften wegen einer Inanspruchnahme des Grundeigentums mit ca. 240 Grundstücken vom Grunderwerb betroffen. Im Rahmen dieser Ausschreibung wird der Grunderwerb vergeben. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung.

Kennung des Verfahrens: 7d6c6444-b079-475e-a0b7-21ca56a5f310

Interne Kennung: 44-24-5005

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53111

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Bei elektronischem Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) mit Signatur ist der Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) wie vorgegeben digital zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist über die Vergabepattform (<https://vergabe.deges.de> und <https://bietercockpit.de>) einzureichen. Der

Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Nicht unterschriebene sowie nicht fristgerechte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen. Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend einzureichen: - Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) - Eigenerklärung zur Eignung inkl. der geforderten Nachweise und Eigenerklärungen - EU-Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 - Liste der Projektverantwortlichen des AN Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag, soweit zutreffend, einzureichen: - Erklärung Bewerbergemeinschaft - EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer - Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) Folgende Unterlagen sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Anhang II VO (EU) 2023-1441 (Formular für Meldungen und Erklärungen zu drittstaatlichen Zuwendungen)

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Konkurs: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Korruption: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf.

Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vergleichsverfahren: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Betrugsbekämpfung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Zahlungsunfähigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Falsche Angaben, verweigte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB), - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: - dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, gem. Eigenerklärung zur Eignung - Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Entrichtung von Steuern: - dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Angaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 123 GWB vorliegen, gem. Eigenerklärung zur Eignung - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0000

Titel: Unterstützung Grunderwerb

Beschreibung: Im Bereich des Streckenabschnittes für den 6-streifigen Ausbaus der A 565 sind ca. 45 Eigentümer / Eigentümergemeinschaften wegen einer Inanspruchnahme des Grundeigentums mit ca. 240 Grundstücken vom Grunderwerb betroffen. Im Rahmen dieser Ausschreibung wird der Grunderwerb vergeben. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung.

Interne Kennung: LOT-0000

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53111

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Enddatum der Laufzeit: 27/02/2026

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Ein Bewerber oder ein Bieter ist von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zu zurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist. A) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), B) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), C) § 262 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, D) § 265 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder Haushalte richtet, die von der EG in ihrem Auftrag verwaltet werden, E) § 334 StGB (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes, F) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), G) § 370 der Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen

entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber oder Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber oder Bieter bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber oder Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt [§ 123 (1) Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 GWB sowie § 123 (4) Nr. 1 GWB]. - Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet [§ 124 Abs. 2 GWB], - dass der Bewerber nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt [§ 124 Abs. 3 GWB], - dass nachweislich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen wurden [§ 124 Abs. 3 GWB], - dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde [§ 123 Abs. 4 GWB]. Näheres siehe Aufforderung zur Angebotsaufforderung & Eigenerklärung zur Eignung. Ist der inländische Bewerber eine juristische Person, deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/Planungsleistungen gehören, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch die Erklärung des Bewerbers zu III.2.3) nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung ihrer oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärungen gem. § 45 (4) Nrn. 1 und 2 VgV sind vorzulegen. Die Angaben sind in den Angebotsunterlagen vorzunehmen. § 45 (4) Nr. 2 VgV: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis, dass im Auftragsfall durch eine Haftpflichtversicherung eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 1,0 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 1,0 Mio. € gegeben ist. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: Zusicherung der Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung bzw. einen entsprechenden Versicherungsnachweis Unternehmen, die in den Präqualifizierungsdatenbanken <https://amtliches-verzeichnis.ihk.de> oder [www.pq-verein.de](http://www.pq-verein.de) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer und /oder des Zugangscodes angeben. Sofern vom Auftraggeber Nachweise gefordert werden, die nicht in den Präqualifizierungsdatenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 2 VgV: Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl.

berufliche Befähigung. Der Bieter muss mindestens folgende Befähigung aufweisen: Mind. 1 Mitarbeiter, der mind. 3 Jahre Berufserfahrung im Grunderwerb oder einer ähnliche Tätigkeit mit Erfahrung in Verhandlungen mit Privaten oder Stakeholdern vorzuweisen hat. § 46 (3) Nr. 1 VgV: Ausführung von Leistungen in den letzten drei Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Der Bieter muss mindestens folgende Leistung erbracht haben: Erfahrung im Grunderwerb oder ähnliche Tätigkeit mit Erfahrung in Verhandlungen mit Privaten oder Stakeholdern. Es ist mindestens eine Referenz gefordert. § 46 (3) Nr. 9 VgV: Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, über die das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt. Über folgende Ausstattung muss der Bieter verfügen: Programm "GE-Office" und "LV 7" oder kompatible Programme mit Schnittstellen) § 46 (3) Nr. 10 VgV: Teil des Auftrages, der unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bieter vergeben werden sollen. Der Bieter ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 10

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachlicher & Organisatorischer Wert

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

**Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: [https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=\\_Details&TenderOID=54321-Tender-18ead3a50e1-3fd64e3f25639e80](https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18ead3a50e1-3fd64e3f25639e80)

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

URL: <https://www.autobahn.de>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 13/06 /2024

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig  
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/05/2024 11:00:00 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung der Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

## 8. Organisationen

---

**8.1. ORG-7001**

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: HansasträÙe 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47799

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: [FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de](mailto:FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de)

Telefon: +49 21518190

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.autobahn.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

**8.1. ORG-7004**

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-7005**

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: [recht@autobahn.de](mailto:recht@autobahn.de)

Telefon: +49 30640960

Fax: +49 30403680811

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-7006**

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: [recht@autobahn.de](mailto:recht@autobahn.de)

Telefon: +49 30640960

Fax: +49 30403680811

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Schlichtungsstelle

**8.1. ORG-7007**

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI  
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53119  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:esender_hub@bescha.bund.de)  
Telefon: +49228996100  
**Rollen dieser Organisation:**  
TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a7287afe-f86c-420f-b75f-4874935d99f9 - 01  
Formulartyp: Wettbewerb  
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Unterart der Bekanntmachung: 16  
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/04/2024 09:55:26 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch  
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 211587-2024  
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 71/2024  
Datum der Veröffentlichung: 10/04/2024